



EINLADUNG ZUM FACHPODIUM

Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Erstmals seit Beginn der 2000er ist die Anzahl an Autokratien höher als die Anzahl an Demokratien. Auch in der EU gibt es zunehmende Herausforderungen für die Demokratie, wie Einschränkungen von bürgerlichen und politischen Freiheiten, die in einzelnen Mitgliedstaaten zu beobachten sind.

Sie sind zu einer Fachpodiumsdiskussion eingeladen, in der Sie über diese Entwicklungen debattieren: Droht angesichts der Entwicklungen wie beispielsweise in Polen, Ungarn und Schweden ein Jahrhundert der Autokratien? Was können wir zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten beitragen?

Name: **Yaman**

Rolle:
Referent*in im Auswärtigem Amt

Rollenbeschreibung

Sie arbeiten im Außenministerium und beraten Diplomaten*innen bei Verhandlungen mit anderen Ländern. Für Sie stehen die Interessen der deutschen Regierung im Zentrum. Diese wollen Sie allerdings im Einklang mit internationalem Recht und in Absprache mit den europäischen Partnern vertreten. Menschenrechtsverletzungen in Staaten, mit denen ihre Diplomaten*innen verhandeln, benennen Sie zwar, doch außenpolitische Ziele haben für Sie eine höhere Priorität. Im Umgang mit der Türkei beim sogenannten „Flüchtlingsdeal“, setzen Sie eher auf einen Interessenausgleich mit anderen Staaten in der Europäischen Union. Die Demokratisierung ehemaliger Autokratien unterstützen Sie prinzipiell. Der Fall Tunesien stimmt Sie besonders hoffnungsvoll, weshalb Sie hier finanzielle und kulturelle Kooperationen befürworten.

Ist die Türkei eine Autokratie?

Unter Recep Tayyip Erdogan entwickelt sich die Türkei langsam zu einer Autokratie. Der Präsident sieht Verschwörungen in oppositionellen Bewegungen und weist auch jegliche Kritik an seiner Regierung von sich. So bezeichnet er beispielsweise die Korruptionsermittlung gegen seine Regierungspartei, die AKP, als eine Intrige^[1], die unter anderem von den USA und Israel gelenkt werde. Zudem gibt es einige Einschränkungen der Oppositionsparteien. Beispielsweise drohen einem der stärksten Gegner*innen Erdogans, Ekrem İmamoğlu (Bürgermeister der Stadt Istanbul) während des Wahlkampfs für die Wahlen 2023 Politikverbot und 2,5 Jahre Haft. Ein weiteres Beispiel ist ein beschleunigtes Parteiverbotsverfahren der oppositionellen Partei HDP und polizeiliche Unterdrückung gegen Mitglieder dieser Partei.

Auch die Presse- und Meinungsfreiheit sind in der Türkei eingeschränkt. Dies zeigen prominente Beispiele wie die Inhaftierung des Journalisten Deniz Yücel oder der Journalistin Meşale Tolu sowie die Verabschiedung des „Desinformationsgesetzes“. Auf dessen Grundlage können Inhaftierungen aufgrund von regierungskritischen Beiträgen auf z.B. Twitter oder Instagram vorgenommen werden.

[1] Eine Intrige ist eine hinterhältige Verschwörung.

Der „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei

Der sogenannte „Flüchtlingsdeal“ ist eine Vereinbarung der EU mit der Türkei (2016), die zum Ziel hat, dass weniger Menschen Asyl in Europa beantragen können. Nach der Vereinbarung können Menschen, die auf griechischen Inseln die EU betreten und zuvor die Türkei als Durchgangsland nutzten, in die Türkei abgeschoben werden. Der Türkei wurden Gelder in Höhe von 6 Milliarden Euro von der EU für die Versorgung von schutzbedürftigen Personen zugesagt. Insgesamt ist auch die Vertiefung der Beziehung zwischen der EU und der Türkei ein Ziel der Vereinbarung.

Deutsche Welle, 15.11.2016

Außenminister Frank-Walter Steinmeier über die Türkei

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat bei seinem ersten Besuch in der Türkei seit dem gescheiterten Putsch[1] deutsche Sorgen über Massenverhaftungen und Einschränkungen der Meinungsfreiheit klar benannt. "Versteht es bitte in der Türkei nicht als Anmaßung, nicht als Belehrung von oben herab", bat er nach einem Gespräch mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu in Ankara.

[1] Erklärung: „[ein] Putsch (auch: Staatsstreich) bezeichnet einen Umsturz oder Umsturzversuch durch das Militär, Teilen des Militärs oder Milizen. Ziel ist der Sturz der Regierung, die Übernahme der Macht und die (i. d. R. diktatorische) Herrschaft im Staat.“ (Schubert 2020)

„In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 versuchten Teile des türkischen Militärs, Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan und die gewählte türkische Regierung gewaltsam zu stürzen“, dieser Versuch scheiterte jedoch. (bpb 2021)

Diktatorensturz in Tunesien: Herausforderung einer jungen Demokratie

2010 beginnt der Arabische Frühling in Tunesien, infolgedessen der Machthaber Zine el Abidine Ben Ali vertrieben wird. Länder wie Ägypten, Syrien und Libyen folgen dem Protest, jedoch schafft es nur Tunesien sich zu demokratisieren und eine Verfassung zu verabschieden. Hierfür erhält das Land 2015 sogar einen Friedensnobelpreis.

Allerdings sind auch Jahre nach dem Beginn der Aufstände viele Probleme in dem Land: beispielsweise gibt es noch kein Verfassungsgericht und keine Kommunalwahlen.